

**V-07-014** Für ein solidarisches Europa: Geflüchtete von griechischen Inseln aufnehmen

Antragsteller\*in: Klemens Griesehop (KV Berlin-Pankow)

## Änderungsantrag zu V-07

### In Zeile 14 einfügen:

Kinderschutz oder sind gar in Haft.

Gleichzeitig findet mitten in Europa eine humanitäre Katastrophe ungeahnten Ausmaßes statt, die von der Öffentlichkeit kaum wahrgenommen wird. In der bosnischen Region Bihac an der Grenze zu Kroatien befinden sich ca. 7.000 Geflüchtete. 2018 waren es noch ca. 3.350 Geflüchtete (s. Lagebericht der Europäischen Kommission vom 4. Sept. 2018). Die Geflüchteten sind dort aus den Kriegs- und Krisengebieten (Pakistan, Iran, Syrien, Afghanistan, Irak und Libyen) gestrandet. Im Zeltlager Vucjak in Bihac befinden sich ca. 800 Geflüchtete. „Das Lager wurde auf einer Müllhalde errichtet; ohne Sanitäranlagen, Strom und Wasser müssen 800 Migranten Wind, Regen und Kälte trotzen. Krankheiten und Unterernährung sind die Folge, das ist nicht nur eine Gefahr für die Gestrandeten, Seuchen können sich auch über das Lager hinaus schnell verbreiten. (...)Und Europa? Das EU-Land Kroatien, das zur Jahreswende die Führerschaft in der EU übernimmt, tut nichts anderes, als Migranten mit teilweise brutaler Gewalt daran zu hindern, weiter nach Norden zu kommen. Zeitgleich lässt die Türkei zunehmend Migranten nach Griechenland ziehen. Von dort aus versuchen immer mehr Menschen, die neue Balkanroute über Serbien und Montenegro nach Bosnien zu nutzen. Und werden hier, nicht nur wegen des Winters, hängen bleiben. Das Europa der EU schließt davor die Augen.“ (TAZ-Bericht von Erich Rathfelder vom 11.11.2019: Flüchtlinge in Bihac/Menschenrechte zählen nicht – siehe: <https://taz.de/Fluechtlinge-in-Bihac/!5639896/> siehe auch: Jagoda Marinic- Europa mauert <https://taz.de/Kolumne-Schlagloch/!5524859/>)

Die Menschen werden in dem i. d. R. sehr kalten Wintern in Bihac/Bosnien vom Tode bedroht sein. Bereits im letzten Winter wurde eine Hilfsaktion von Grünen aus Köln und Berlin gestartet, um die Menschen über den Winter zu bringen. Wir dürfen nicht länger dabei zuschauen, wie grundlegende Menschenrechte in Europa verletzt werden.

## Begründung

s. o.